



# Vaterschaftsurlaub

Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbssersatzgesetz, EOG)

## Ziel

Es soll ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub eingeführt werden.

## Ausgangslage

In der Schweiz haben Väter Anspruch auf ein bis zwei Tage bezahlten Vaterschaftsurlaub. Es gibt Unternehmen, die freiwillig einen längeren Vaterschaftsurlaub ermöglichen.

Ursprünglich wurde die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» eingereicht. Die Initiative fordert einen Vaterschaftsurlaub von vier Wochen. Das Parlament hat als [indirekten Gegenvorschlag](#) zur dieser Volksinitiative die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs beschlossen. Gegen den Beschluss des Parlaments wurde das [fakultative Referendum](#) ergriffen. Deshalb stimmen wir nun darüber ab.

## Was würde sich ändern?

Wird die Vorlage angenommen, gibt es in der Schweiz einen gesetzlich vorgeschriebenen Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen. Väter können den Vaterschaftsurlaub innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt nehmen. Der Vaterschaftsurlaub kann am Stück oder verteilt auf einzelne Tage genommen werden.

Während dem Vaterschaftsurlaub bekommen Väter 80 Prozent ihres Lohnes (höchstens 196 Franken pro Tag). Der Vaterschaftsurlaub wird über die [Erwerbssersatzordnung \(EO\)](#) finanziert. Um den Vaterschaftsurlaub zu finanzieren, steigt der Beitrag an die EO von 0,45 auf 0,5 Prozent des Lohnes.

Väter haben ein Recht auf Vaterschaftsurlaub, wenn sie:

- zum Zeitpunkt der Geburt arbeiten,
- seit mindestens neun Monaten in der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) versichert sind und
- von diesen neun Monaten mindestens fünf Monate gearbeitet haben.

## Indirekter Gegenvorschlag

Ein indirekter Gegenvorschlag ist eine Reaktion des Parlaments auf eine Volksinitiative. Eine Volksinitiative will die Verfassung ändern. Mit einem indirekten Gegenvorschlag kann das Parlament eine Gesetzesänderung als Alternative vorschlagen. Das Initiativkomitee kann sich entscheiden, ob es seine eigene Initiative zurückziehen möchte oder nicht.

## Erwerbssersatzordnung (EO)

Daman während dem Militärdienst, dem Zivilschutz und dem Zivildienst sowie im Mutterschaftsurlaub nicht arbeitet, bekommt man von den ArbeitgeberInnen auch keinen Lohn. Dafür gibt es die EO. Sie bezahlt während dieser Zeit einen Teil des bisherigen Lohnes.



## Fakultatives Referendum

Bundesgesetze werden von der Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) beschlossen. Die Bevölkerung stimmt normalerweise nicht über ein Bundesgesetz ab. Werden jedoch innerhalb von 100 Tagen 50 000 Unterschriften gesammelt, so kommt es doch zu einer Volksabstimmung.

Ja

### Argumente der BefürworterInnen

- Väter können sich stärker im neuen Alltag mit Kind engagieren und die Mütter entlasten. So profitiert die ganze Familie vom Vaterschaftsurlaub.
- Der Vaterschaftsurlaub verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Der Vaterschaftsurlaub wird über die EO finanziert. Kosten und organisatorischer Aufwand sind deshalb auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) tragbar.

Nein

### Argumente der GegnerInnen

- Steigende Kosten z.B. für die AHV belasten alle. Ein teurer Vaterschaftsurlaub für wenige ist somit unverantwortlich.
- Der kurzfristige Ersatz von Mitarbeitern ist teuer. Kosten und organisatorischer Aufwand sind für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) untragbar.
- Sozialwerke (z.B. AHV) sollen Armut verhindern. Vaterschaft ist kein Grund für eine neue Sozialversicherung.

## Regierungsmeinung

### Nationalrat



**Ja**

129 Ja  
66 Nein  
2 Enthaltungen

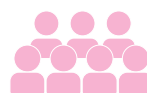
### Ständerat



**Ja**

31 Ja  
11 Nein  
3 Enthaltungen

### Bundesrat



**Ja**



Den Clip zur Vorlage und weitere Informationen findest du unter [easyvote.ch/vater](https://www.easyvote.ch/vater)